

Vernehmlassungsantwort

Thema	Parlamentsrechtsrevision
Für Rückfragen	Franziska Schöni-Affolter (Grossrätin, Co-Präsidentin), Tel. 079 518 58 74
Absender	Grünliberale Partei Kanton Bern, Postfach 6350, 3001 Bern E-Mail: be@grunliberale.ch , www.be.grunliberale.ch
Datum	14.08.2012

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir danken Ihnen für die Gelegenheit, zur Totalrevision des Gesetzes über den Grossen Rat und der Geschäftsordnung des Grossen Rates Stellung nehmen zu können.

Grundsätzliches

Die Grünliberalen Kanton Bern begrüssen die vorliegende Parlamentsrechtsrevision grundsätzlich. Die glp ist der Meinung, dass mit den vorliegenden Entwürfen der Grossratsbetrieb deutlich effizienter gestaltet werden kann und besser an die heutigen Umstände angepasst wird. Die Grünliberalen unterstützen insbesondere die folgenden Punkte der vorliegenden Revision:

- Die Neugliederung der Leitorgane des Grossen Rates, mit der Doppelspurigkeiten und Abgrenzungsschwierigkeiten vermindert werden können.
- Die Änderungen bei der Organisation der Ratsdebatten, die eine Effizienzsteigerung und Verkürzung der Sitzung mit sich bringen (etwa durch klare Redezeitbeschränkungen und die Abschaffung der wenig sinnvollen Fragestunde).
- Die Stärkung des Parlaments bei Finanzfragen
- Die Schaffung von ständigen Sachbereichskommissionen
- Die Verbesserung des Informationsflusses von Regierung zu Parlament (etwa bei Planungserklärungen und gebundenen Ausgaben) und die damit verbundene Stärkung des Parlaments
- Die Anpassung der Entschädigungen an die heutigen Verhältnisse

Auf folgende umstrittene Punkte möchten wir noch speziell eingehen:

1. Parlamentarisches Instrumentarium

Die Grünliberalen befürworten die Stärkung des Parlamentes in Fragen der Finanzsteuerung ausgesprochen. Dadurch, dass der Grosse Rat neu über den Aufgaben- und Finanzplan entscheiden soll,

und ausserdem das neue Instrument der Finanzmotion zur Verfügung hat, kann er seine verfassungsmässigen Aufgaben im Bereich der Finanzen besser ausüben.

2. Kommissionensystem

Auch die Neuerungen beim Kommissionensystem stossen bei den Grünliberalen auf grosse Zustimmung. Die glp ist überzeugt, dass die Schaffung von neuen, ständigen Sachkommissionen um einiges effizienter ist, als das heutige System mit sehr vielen besonderen Kommissionen. Ausserdem kann in den ständigen Sachbereichskommissionen hoffentlich ein grosses Know-How zum jeweiligen Themenfeld aufgebaut werden.

Die Grünliberalen erklärt sich auch mit den Aufgabenbereichen der fünf neuen, ständigen Kommissionen einverstanden, wobei die Schaffung einer separaten Wirtschaftskommission zu prüfen wäre, um eine Überlastung der anderen Kommissionen (vor allem der Finanzkommission) zu vermeiden.

Bei der Frage der Zuweisung der Vorberatung von Verpflichtungs- und Zusatzkrediten spricht sich die glp für die Variante aus, in der diese Geschäfte der Finanzkommission, und nicht den jeweiligen Sachbereichskommissionen zugewiesen werden. Die Grünliberalen sind der Meinung, dass die Fiko die allgemeine Finanzlage des Kantons Bern jeweils besser im Blick hat und deshalb die Vorberatung zu allen Verpflichtungs- und Zusatzkrediten übernehmen sollte. Bei den Sachbereichskommissionen besteht ausserdem die Gefahr, dass diese Kommissionen zu einem grossen Teil aus Interessensvertretern des jeweiligen Themenfeldes bestehen könnten, welche sich gegen sinnvolle Einsparungen in ihrem Gebiet wehren würden.

3. Entschädigungen

Die Grünliberalen begrüssen die massvolle Anhebung der Entschädigungen für die Grossratsmitglieder. Jeder Bürger sollte aus finanzieller Sicht in der Lage sein, ein Grossratsmandat auszuüben, indem er angemessen dafür entschädigt wird – dies ist im Kanton Bern momentan kaum der Fall. Die bescheidene Lohnerhöhung ist deshalb aus Sicht der glp absolut angemessen.

Die Grünliberalen würden es ausserdem begrüssen, wenn ein finanzieller Anreiz für Mitglieder des Grossen Rates, die auf die Grossrats-Unterlagen in Papierform verzichten und diese in elektronischer Form wünschen, geschaffen würde, wie dies im Kanton Waadt der Fall ist. Dazu wird die glp in naher Zukunft eine Motion im Grossen Rat einreichen.

4. Aufgabenteilung Parlamentsdienste - Staatskanzlei

Die Vorschläge betreffend Einrichtung von regierungsunabhängigen Parlamentsdiensten und deren Aufgaben stossen bei den Grünliberalen auf Zustimmung. Von der Regierung unabhängige Parlamentsdienste sind im Sinne der Gewaltentrennung zwischen Legislative und Exekutive zu begrüssen. Es ist jedoch verstärkt darauf zu achten, dass die Aufgaben zwischen Parlamentsdiensten und Staatskanzlei klar voneinander getrennt werden, damit es dort nicht zu Doppelspurigkeiten und Ineffizienzen kommt.